

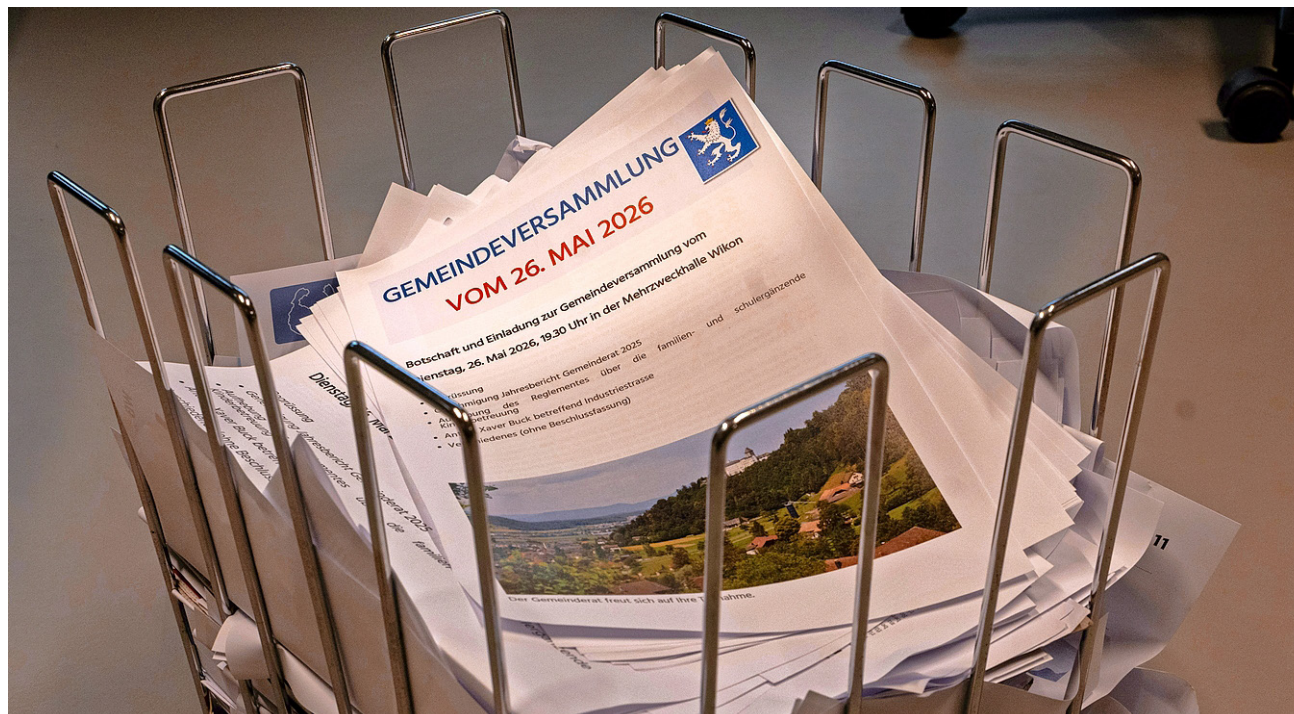
# Gedruckte Botschaft nur auf Bestellung

**REGION** Noch vor der letzten Gemeindeversammlung flatterte eine 43-Seiten-dicke Botschaft in die Wikoner Haushalte. Nun gibt es sie nur noch digital. Was Geld und Ressourcen einsparen kann, birgt gleichzeitig Risiken.

von Hubert Stäger

Tausende Franken und Zehntausende Seiten: Informieren die Räte im Vorfeld der Gemeindeversammlung die Bevölkerung mittels Botschaft, verschlingt dies Geld und Ressourcen. In der Gemeinde Wikon kostet der Druck jährlich rund 6000 Franken. Deshalb ersetzt sie nun die Botschaft kurzerhand durch eine schlichte Traktandenliste und einen QR-Code, wie der Rat in der aktuellen Ausgabe des «Wiigger Blättli» mitteilt. Wer ein gedrucktes Exemplar wünsche, könne dieses auf der Gemeindeverwaltung bestellen oder abholen. Das Motiv hinter dem Entscheid sei vor allem ein wirtschaftliches, wie die Wikoner Geschäftsführerin Martina Winiger auf Nachfrage sagt. «Wir wollen sorgfältig mit unseren Mitteln umgehen.» Zusätzlich spielte ein ökologischer Gedanke mit. Schon mehrmals war aus diesen Gründen eine Abschaffung der «Print-Botschaft» Thema im internen Budgetprozess. «Dabei gehen wir jeweils Position für Position durch – die Druckkosten sind immer ein happiger Posten», so Winiger. Ausserdem zeigten der Geschäftsführerin Rückmeldungen aus der Bevölkerung: «Nur ein kleiner Teil hat ein solch grosses Informationsbedürfnis, dass eine ausführliche Botschaft nötig wäre. Zudem wird im Grusswort des Gemeindepräsidenten, welches auf der Rückseite abgedruckt ist, das Wichtigste zusammengefasst.» Und falls das Informationsbedürfnis dennoch nicht gestillt ist? Winiger verweist auf die digitale Version, in der die Botschaft nach wie vor in voller Länge einsehbar ist, und auf die Möglichkeit, ein Exemplar abzuholen. «Bisher haben wir noch keine negative Rückmeldung zum Entscheid erhalten.»

Entschieden hat die Grenzgemeinde zudem: In die 711 Wikoner Haushalte gelangen keine Kurzversionen der Bot-



Viele Botschaften landen ungelesen im Altpapier – zumindest für die nächsten zwei Jahre gibt es dieses Bild in Wikon nicht mehr oft zu sehen: In einer Probephase versendet die Gemeinde nur Traktandenliste, Grusswort und QR-Code. Symbolbild hub

*«Die Druckkosten sind immer ein happiger Posten.»*

**Martina Winiger** Geschäftsführerin der Gemeinde Wikon

schaft – auf diese kostengünstigere Option setzen beispielsweise die Gemeinden Reiden oder Buttisholz. Dazu Martina Winiger: «Der Aufwand, eine Lang- und Kurzversion zu erstellen, lohnt sich bei 711 Haushalten schlicht nicht.» Und: «Ebenso ist es gerade bei heiklen Geschäften schwierig zu entscheiden, was abgedruckt oder weggelassen wird. So ist es aus Sicht des Gemeinderates konsequenter, sich auf die Traktandenliste und das Grusswort zu beschränken.» Ob die gesamten Infos vermisst werden, wird sich zeigen. Zwei Jahre lange soll die Probephase dauern. Dann ist der Entscheid definitiv – QR-Code oder ausführliche Botschaft.

## In den Verbänden kein Thema

Der Versand einer ausführlichen Botschaft werde in vielen Gemeinden hinterfragt. Dies bestätigt der Willisauer Ludwig Peyer, Geschäftsführer des Verbands Luzerner Gemeinden (VLG). Konkret diskutiert oder behandelt wurde das Thema im Verband aber nie. Genauso wenig beim Gemeindeschreiber- und Geschäftsführerverband (GGV), wie dessen Präsident Matthias Kunz (Gemeindeschreiber von Hergiswil) auf Nachfrage sagt. «Jede Gemeinde ist selber dafür verantwortlich.»

Auch rechtlich gesehen veranlasst die Wikoner-Handhabung zu keinen Diskussionen. Die Zustellung von Unterlagen im Vorfeld von Gemeindeversammlungen ist nicht geregelt, wie Elvira Schneider von der Abteilung Gemeinden sagt. «Es besteht keine Pflicht, eine Botschaft zu versenden.» Dies im Gegensatz zu Urnengängen. Denn dann gilt laut Stimmrechtsgesetz: Bis spätestens drei Wochen vor dem Abstimmungstag müssen die Stimmberechtigten relevante Unterlagen – wie Vorlage, erläuternde Berichte oder Kandidatenlisten – erhalten.

Eine deutlichere Meinung zur Thematik hat im Gegensatz zu den Verbänden HSLU-Professor Jonas Willisegger, der unter anderem zu kommunalen Verwaltungsführungen, Gemeindeführungsmodellen und zur Milizproblematik forscht. Einerseits hält er die Wikoner-Lösung «grundsätzlich für nachvollziehbar», wie er auf Nach-

*«Die zentrale Herausforderung besteht darin, Digitalisierung und demokratische Inklusion miteinander zu verbinden.»*

**Jonas Willisegger** HSLU-Professor, Institut Betriebs- und Regionalökonomie

frage schreibt. Neben dem ökologischen Aspekt und den finanziellen Einsparungen sieht Willisegger in der Flexibilität, digitale Unterlagen zu aktualisieren oder zu ergänzen, einen Vorteil. «Die Digitalisierung eröffnet zweifellos neue Möglichkeiten.» Zudem entspreche eine digitalisierte Kommunikation «einem allgemeinen gesellschaftlichen Trend».

## Die zusätzliche Hürde

Im Verzicht, eine gedruckte Botschaft zu versenden, sieht Willisegger gleichzeitig Nachteile: «Die Botschaft betrifft einen Kernbereich der lokalen Demokratie. Deshalb sollte eine solche Umstellung mit grosser Sorgfalt erfolgen», so der Professor. Bedenken äussert er zu mehreren Aspekten. So setze ein digitalisierter Zugang zur Botschaft entsprechende Kompetenzen und Eigeninitiative voraus. «Gerade ältere Menschen oder weniger digital affine Personen könnten dadurch schlechter erreicht werden.» Und generell entstehe eine «Hol-Schuld» – die Informationen sind auf der Website und per QR-Code erhältlich, müssen aber aktiv eingeholt werden. «Politikwissenschaftlich wissen wir, dass bereits kleine zusätzliche Hürden die Nutzung von Informationen beeinflussen können.»

Umweg mittels QR-Code statt gedruckter Botschaft: Wird unter dieser zusätzlichen Hürde die politische Partizipation leiden? «Ich bin vorsichtig mit direkten Kausalitäten», antwortet Willisegger. «Die politische Partizipation hängt von vielen Faktoren ab.» Hinzu komme: Gemeindeversammlungen kämpften schon länger mit rückläufiger Beteiligung. Dennoch könnte bei einem Bevölkerungsteil die zusätzliche Hürde diesen Trend verstärken, so Willisegger. «Die zentrale Herausforderung besteht deshalb darin, Digitalisierung und demokratische Inklusion miteinander zu verbinden.» Er sieht in hybriden Angeboten einen solchen Kompromiss, bei denen die Bevölkerung beispielsweise unkompliziert gedruckte Unterlagen bestellen kann. Oder, indem wichtige Geschäfte aktiv kommuniziert werden. Jonas Willisegger hält abschliessend fest: «Digitalisierung darf nicht unbeabsichtigt dazu führen, dass politische Teilhabe anspruchsvoller wird.»